

# Wege zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Ende September 1982 waren über 500 000 Jugendliche unter 25 Jahren ohne Arbeit. Ihr Schicksal darf niemandem gleichgültig sein. Es ist vielmehr die größte aktuelle Herausforderung, diesen jungen Menschen durch eine Ausbildungsstelle oder durch einen Arbeitsplatz die Hoffnung und die Sicherheit zu geben, ihren Leistungswillen und ihre Leistungsbereitschaft im Beruf unter Beweis zu stellen. Neben der Sicherung des Friedens und der Erhaltung einer gesunden Umwelt ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, die wichtigste Aufgabe, die unsere Gesellschaft zu erfüllen hat.

Die CDU hat das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zum thematischen Schwerpunkt des 31. Bundesparteitages in Köln gemacht. An dem Forum „Jugendarbeitslosigkeit“ unter Leitung des Generalsekretärs Heiner Geißler haben sich nicht nur Delegierte, sondern auch Wissenschaftler und Experten beteiligt. An der Podiumsdiskussion haben im einzelnen teilgenommen:

- **Frau Ilse Bruns,**  
Mitglied des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes
- **Bundesminister Dr. Norbert Blüm**
- **Prof. Dr. Roland Eckert,**  
Soziologe an der Universität Trier
- **Otto Esser,**  
Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- **Walter Quartier,**  
Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft



- **Dr. Josef Stingl**,  
Präsident der Bundesanstalt für Arbeit
- **Heinrich Weiss**,  
Vorsitzender des Vorstandes der Schloemann-Siemag AG
- Bundesminister Frau **Dr. Dorothee Wilms**

Ziel der Veranstaltung war es, erste konkrete Beschlüsse der Partei herbeizuführen und gleichzeitig der eigens eingerichteten Zukunftskommission „Jugend“ Aufträge für ihre Arbeit zu erteilen. Die Kommission soll bis zum Herbst ein geschlossenes Gesamtkonzept vorlegen, in das die bereits jetzt vorgeschlagenen Maßnahmen Eingang finden werden.

## CDU-Generalsekretär Heiner Geißler

**Heiner Geißler eröffnete das von ihm geleitete Parteiforum „Jugendarbeitslosigkeit“ mit einer Einführungsrede, die ganz konkrete Vorschläge zur Problemlösung enthielt:**

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist ganz sicher die vordringlichste politische Aufgabe der Gegenwart, was die Innenpolitik anbelangt. Die Millionenerbeitslosigkeit bedeutet nicht nur eine schwere Belastung der öffentlichen Haushalte und der Wirtschaft, sondern ist darüber hinaus auch für alle Betroffenen ein schweres menschliches Schicksal, und zwar nicht nur für den einzelnen Betroffenen, sondern auch für die Familien. Die Arbeitslosigkeit betrifft junge Menschen ganz besonders. Wenn die jungen Menschen nach der Schule die berufliche Ausbildung abgeschlossen haben — dieses Thema wird innerhalb unserer Diskussion eine besondere Rolle spielen —, stehen heute viele von ihnen — es sind über 200 000 — beruflich, also am Anfang ihres beruflichen Lebens, vor einer vernagelten Welt.

Wir müssen aus diesem Grund als die führende politische Partei der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Problem Antworten erarbeiten und die eigene Regierung und die Bundestagsfraktion auffordern, zusammen mit den verantwortlichen Organisationen die notwendigen Entscheidungen zu treffen, die geeignet sind, mit diesem Problem fertigzuwerden. Wir sind uns darüber im klaren, daß dieses Problem nur bewältigt werden kann, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen zu einer gemeinsamen Anstrengung bereit sind.



Zur Verbesserung des Angebots an Ausbildungsplätzen für Jugendliche, die 1983 die allgemeinbildenden Schulen verlassen, sollen folgende Sofortmaßnahmen beitragen:

- ① Die Bundesregierung wird aufgefordert, ausbildungshemmende Vorschriften zu beseitigen.
- ② Private Initiativen, die sich uneigennützig darum bemühen, Ausbildungsplätze zu vermitteln und bereitzustellen, sollen in der Zukunft von der Bundesanstalt für Arbeit, von der Arbeitsverwaltung, unbürokratisch organisatorisch unterstützt werden.
- ③ Alle Möglichkeiten, einen Ausbildungsplatz auf zwei Auszubildende aufzuteilen, sollen genutzt und gefördert werden.
- ④ In den Ländern sollen vorübergehend Vollzeitausbildungsmaßnahmen als Ersatz für betriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden.
- ⑤ Die Anrechnungsverordnung ist so flexibel zu gestalten, daß die bisherige zwangsweise Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres oder der Berufsfachschule auf die betriebliche Ausbildung nicht den Abschluß eines Ausbildungsvertrages unmöglich macht.
- ⑥ Die Ausbildungsbetriebe sollen auch solche Ausbildungsplätze mit Mädchen besetzen können, an denen bisher nur Jungen ausgebildet wurden.
- ⑦ Wirtschaft und Verwaltung werden aufgefordert, über den gegenwärtigen Bedarf hinaus auszubilden.
- ⑧ Für Betriebe, die bisher nicht ausgebildet haben, soll eine Beteiligung an der Ausbildung dadurch ermöglicht werden, daß für regional schwache Gebiete oder überall dort, wo eben bisher aus den verschiedensten Gründen Ausbildungsplätze nicht vorhanden waren, ein Ausbildungsverbund zwischen mehreren Betrieben hergestellt wird.
- ⑨ Wir alle, die Mandatsträger der Christlich Demokratischen Union, werden aufgefordert, regionale Ausbildungsplatzaktionen zu initiieren und zu unterstützen, um in konstruktiven Gesprächen mit Unternehmern, mit den Kamern, der Arbeitsverwaltung und den Gewerkschaften alle Möglichkeiten zu nutzen, die zu einer Ausweitung des Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebots führen können.
- ⑩ Der Schwerpunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt ganz zweifelsfrei in unserer Politik für den wirtschaftlichen Aufschwung, in der Förderung



der privaten Investitionen und der öffentlichen Investitionen, der Förderung der Innovationen, in der Stärkung der Eigenverantwortung des Wettbewerbs, der Flexibilität unserer Wirtschaft, des technologischen Fortschritts, aber auch einem Abbremsen der Staatsverschuldung, damit mehr Kapital für private Investitionen und damit für mehr Arbeitsplätze zur Verfügung steht.

⑪ Schlagen wir deshalb vor: Es müssen mehr Teilzeitarbeitsplätze in der Wirtschaft und vor allem auch im öffentlichen Dienst angeboten werden.

⑫ Wir fordern mehr Chancen für die moderne Form der Arbeitsplatzteilung, also die Realisierung z. B. der Modellverträge für das sogenannte Jobsharing.

Schließlich schlagen wir als 13. Punkt vor: Alle Möglichkeiten, die sich aus einer flexiblen Gestaltung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit ergeben, müssen insbesondere zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit genutzt werden.

Ich möchte an dieser Stelle noch darauf hinweisen, daß wir dem Bundesparteitag vorschlagen, noch einmal ausdrücklich die Initiative des Bundeskanzlers zur Sicherung eines ausreichenden Angebots an Ausbildungsplätzen, die die gesamte deutsche Wirtschaft ermöglicht hat, zu begrüßen und nachdrücklich zu unterstützen.

Wir danken jedenfalls dem Bundeskanzler und der deutschen Wirtschaft für diese Initiative und für dieses Angebot und bitten die Verantwortlichen, bis zum Ende dieses Jahres diese Zusage zu verwirklichen.

## **Frau Ilse Brusis (DGB-Bundesvorstand)**

**Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit forderte Frau Brusis im wesentlichen zwei Maßnahmen: eine Umlagefinanzierung unter den Betrieben und eine konsequente Arbeitszeitverkürzung. Den Abbau ausbildungshemmender Vorschriften lehnte sie entschieden ab. Dabei stieß sie teilweise auf heftige Kritik. Im einzelnen führte Frau Brusis aus:**

Ich vermisse, auch im Hinblick auf die besondere und erstrangige Verantwortung, die die Arbeitgeber in diesem Bereich haben, den Vorschlag der Gewerkschaften, der seit Jahren von uns immer wieder gemacht worden ist, dessen Realisierung im Grunde nichts entgegensteht und der eigentlich die Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wäre, nämlich endlich auch diejenigen 80% der Betriebe zur Finanzierung der Berufsausbildung heranzuziehen, die bisher keinerlei Berufsausbildung betrieben, wohl aber von der Berufsausbildung derjenigen 20% der Betriebe profitiert haben, die die



Berufsausbildung bisher alleine übernommen haben. Ich kann überhaupt nicht einsehen, warum eine solche ungleiche Verteilung der Lasten der Berufsausbildung auf die Betriebe toleriert wird und über die Heranziehung der 80% der Betriebe, die keine Berufsausbildung betreiben, nicht diskutiert wird. Keine Kompromißbereitschaft und auch keine Diskussionsbereitschaft muß ich in dem Punkt anzeigen, wo es darum geht, sogenannte — ich betone noch einmal: sogenannte — ausbildungshemmende Vorschriften aus dem Jugendarbeitsschutzgesetz zu streichen. Ich sage Ihnen nichts Neues, wenn ich hier auf die Vorschläge der Gewerkschaften hinweise, endlich eine konsequente Arbeitszeitverkürzung, und zwar sowohl eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit als auch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit, in Angriff zu nehmen.

### **Bundesminister Norbert Blüm**

**Norbert Blüm hielt im Rahmen des Parteitagforums eine vielbeachtete Rede. Er forderte ein umfassendes Programm und ein Bekenntnis zum Wachstum. Ausdrücklich betonte er, daß das Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht isoliert gesehen werden könne:**

Ich glaube nicht, daß es eine Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit auf einen Schlag gibt. Es gibt nur ein Programm der tausend Schritte, und wer nicht bereit ist, viele kleine Schritte zu machen, wird auch das Ziel nicht erreichen.

Jugendarbeitslosigkeit ist Teil der Arbeitslosigkeit. Es wird keine isolierte Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit geben.

Wir brauchen Wachstum. Ich behaupte nicht, daß Wachstum schon alles wäre, aber ohne Wachstum geht vieles nicht.

Die Anhänger des Nullwachstums sind die Gegner der Arbeitslosen. Das wollen wir einmal festhalten!

Ich halte das für einen Solidaritätsverstoß. Wir haben Bedürfnisse. Gibt es keine Bedürfnisse im Wohnungsbau? Gibt es keine Bedürfnisse in der Kommunikationstechnik? Ich halte die Anhänger des Nullwachstums für die Anhänger des Rückschritts.

Im übrigen wäre es auch merkwürdig, den Stillstand des Sozialprodukts zu feiern und die Erhöhung der Sozialleistungen zu fordern. Das ist ein Widerspruch. Entweder oder!



Wachstum ist auf Investitionen angewiesen. Ich meine dabei nicht nur arbeitsplatzsparende Investitionen, Rationalisierungsinvestitionen. Ich meine vor allen Dingen Produktinnovationen.

Wir brauchen eine neue Innovationswelle. Hier sehe ich im übrigen auch die Chance des Mittelstands.

Wenn ich Investitionen sage, dann ist das deshalb klar, weil moderne Arbeitsplätze viele Investitionen brauchen. Je moderner, um so teurer sind sie. Nur in der Eiszeit waren die Arbeitsplätze relativ billig. Eine Bärenfalle erfordert halt weniger Investitionen als eine computergesteuerte Walzstraße. Und auch eine Keule im Neandertal war relativ billig. Wir brauchen also ein großes Investitionspotential.

Ich setze allerdings — auch als Sozialpolitiker — hinzu, daß das nur zu machen ist, wenn die Arbeitnehmer an den Investitionen beteiligt werden.

Ich glaube auch nicht, daß wir uns mit einer neuen Technikfeindschaft Rettung verschaffen können. Es war immer der Sinn der Technik, uns Arbeit abzunehmen, uns Arbeit zu erleichtern. Warum soll das plötzlich anders sein? Warum sollen wir den Ehrgeiz haben, daß ein Lackierer mit der Hand lackiert, seine Lunge kaputtmacht, wenn das ein Roboter machen kann? Lassen wir das doch den Roboter machen. Ich habe gar keinen Ehrgeiz in anderer Richtung. Ein Roboter kann seine Lunge nicht kaputtmachen.

Ich möchte ein paar Einschränkungen machen, damit das nicht über-schwappt. Es gibt ein paar Sachen auf der Welt, bei denen ich es nicht gern sähe, wenn die Roboter im Spiel wären. Im Krankenhaus lasse ich mir den Puls lieber von einer Krankenschwester fühlen als von einem Roboter.

**Im Bereich der Bildungspolitik und auch bei der Arbeitszeit sprach sich Blüm für mehr Praxisorientierung aus. Beim Abbau ausbildungshemmender Vorschriften kündigte Blüm erste schnelle Schritte an. Er ließ jedoch keinen Zweifel daran, daß ein genereller Abbau des Jugendarbeitsschutzes nicht in Frage komme. Im einzelnen führte er hierzu aus:**

Ein weiterer Schritt gerade im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ist Bildung. Bildung allein langt nicht, sonst haben wir gebildete Arbeitslose. Wir brauchen Arbeitsplätze und gebildete Arbeitnehmer.

Bildung hat immer einen Überschuß an Verwertbarkeit. Wir wollen sie nicht reduzieren auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes. Doch eine Bildung ohne



Rückkoppelung an den Arbeitsmarkt ist eine Bildung, die den Boden unter den Füßen verloren hat.

Ein Lehrling ist genauso viel wert wie ein Student. Dem 16jährigen Lehrling gebührt genauso viel Aufmerksamkeit wie dem 16jährigen Gymnasiasten.

Es nützt nichts, wenn wir alle die Einsteinsche Relativitätstheorie erklären können, niemand aber einen Wasserhahn abdichten kann. Das kann doch nicht die Zukunft unserer Nation sein: Mondbahnen berechnen, aber keine Dachrinne reparieren können. Das kann nicht die Gesellschaft sein, die wir uns wünschen. Dazu ist allerdings auch eine neue Aufwertung, ein neues Prestige der beruflichen Bildung nötig.

Zwei Drittel der arbeitslosen Jugendlichen sind ohne Berufsausbildung. Es zeigt sich: Diejenigen ohne Berufsausbildung sind die Kandidaten Nummer eins der Arbeitslosigkeit. Von der Ausbildungslosigkeit ist es nur ein kurzer Schritt zur Arbeitslosigkeit.

Ich plädiere für den Grundsatz: Ein Beruf ist immer noch besser als kein Beruf. Wer einen Beruf gelernt hat, hat es auch später im Leben leichter, umzusteigen, etwas Neues zu probieren. Ich halte es überhaupt für überholt zu glauben — das sind vergangene Zeiten —, man lerne einen Beruf und mit diesem Beruf könne man 40 Jahre lang ruhig und zufrieden durch das Arbeitsleben marschieren. Man wird sich sowieso auf Umstellungen einrichten müssen. Der Elektriker des Jahres 1983 ist mit Sicherheit nicht mehr der Elektriker des Jahres 2000. Wir werden Fortbildung, Umschulung als die normale Begleitung des Arbeitslebens akzeptieren müssen.

Jetzt zu den ausbildungshemmenden Vorschriften: Deren Abbau ist gefordert worden. Sie sehen, wie schnell die Bundesregierung ist: Wir haben das geprüft, und in der nächsten Kabinettsitzung wird darüber entschieden werden.

In der Tat, wir wollen ausbildungshemmende Vorschriften abbauen.

Ich sage: Wir wollen mit diesen Verordnungen nicht den Jugendarbeitsschutz auflösen — da sollte sich niemand Hoffnungen machen —, wir wollen nur Jugendarbeitsschutz praxisnäher gestalten. Wenn die Schwesternschülerin erst um 7 Uhr ins Krankenhaus kommen soll, geschieht das zu einer Zeit, wo die Patienten schon den zweiten Schlaf halten. Wenn der Metzgerlehrling erst um 7 Uhr kommen soll, geschieht das auch zu einer Zeit, wo ein Teil der Vorbereitungen schon gelaufen ist.



Ich stelle mir Jugendarbeitsschutz allerdings so vor — das gilt generell — daß sich der Gesetzgeber in Zukunft auf die Festlegung von Grundnormen beschränkt — und daß die Anwendung der Grundnormen den Tarifpartnern überlassen bleibt. Die können das nämlich besser, als es der Gesetzgeber kann.

Nun, ich glaube — und das sage ich auch, daß Wachstum notwendig ist, Investitionen, Bildung notwendig sind, aber daß wir ohne flexiblere und neue Arbeitszeitregelungen die Misere nicht lösen, und je später wir darangehen, desto eher fliegt der Deckel vom Topf. Wer alle flexiblen Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeitszeit verhindert, wird zum Dammbruch beitragen. Dann wird die Welle der 35-Stunden-Woche rollen. Und das ist nicht unbedingt meine Welle. Ich bin eher für Arbeitszeitverkürzungen, bei denen der einzelne entscheiden kann, ob er sie in Anspruch nehmen will oder nicht. Ich ziehe flexiblere Arbeitszeitregelungen den kollektiv verordneten vor.

Menschen sind doch keine Maschinen. Laßt uns den technischen Fortschritt doch auch dazu benutzen, Arbeitszeiten wieder dem Menschenrhythmus anzupassen.

Das Wort „Krise“ wird immer so mit Wollust, mit einer Sehnsucht nach Untergang betont. Ich jedenfalls betrachte die Krise auch als eine Chance, darüber nachzudenken, was wir besser machen können. Für mich ist die Krise auch eine Herausforderung an unsere Phantasie. Krisenzeiten sind auch Zeiten der Gestaltung und der Entscheidung.

Deshalb laßt das Jammern sein! Mit Jammern holen wir keinen Hund hinter dem Ofen hervor, mit Jammern bewältigen wir auch nicht die Krise. Wir brauchen Phantasie und Mut!

## **Roland Eckert (Universität Trier)**

### **Eckert analysiert die Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit:**

Die Arbeitslosigkeit, die heute auf immer mehr Hauptschulabgänger, Studenten und Akademiker nach Abschluß der Schule oder Berufsausbildung wartet, ist nur zu einem Teil durch die Altersstruktur der Bevölkerung, d. h. durch geburtenstarke Jahrgänge und geringe Abgänge andererseits bedingt. Sie ist auch nur teilweise konjunkturbedingt: Zu einem dritten Teil aber ist Jugendarbeitslosigkeit heute und langfristig, wie ich glaube, die Konsequenz des



weltwirtschaftlichen und technischen Wandels einerseits und des geltenden Arbeitsrechts andererseits.

**Neben Maßnahmen wie flexible Arbeitszeitregeln, Teilzeitarbeitsplätze, Aufhebung der Ladenschlußzeiten und Wiederbelebung von arbeitsintensiven Kleinbetrieben forderte Eckert:**

Wenn wir diese Entwicklung steuern wollen, müssen wir, so glaube ich, Kommunen, Körperschaften und Wohlfahrtsverbände zumindest bis 1995 in die Lage versetzen, jedem Schul- und Ausbildungsabgänger, der nicht vermittelt werden kann, einen Arbeitsplatz zum Mindestlohn anzubieten, der mit der Vermittlung von Grundqualifikationen verbunden ist. An unerledigten Aufgaben fehlt es nicht.

**Otto Esser (Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände)**

Esser setzte sich, ebenso wie Blüm, für den Abbau ausbildungshemmender Vorschriften ein. Der BDA-Präsident wies darauf hin, daß sich in den letzten Monaten das Lehrstellenangebot erhöht habe und verwies auf die Zusage gegenüber dem Bundeskanzler. Darüber hinaus erläuterte er das von den Verbänden der Wirtschaft gestartete „Aktionsprogramm Jugend und Beruf 1983“:

Die Zusage gegenüber dem Bundeskanzler war keine leichtfertige Aussage, sondern eine realistische Zielgröße, die auch von sich aus solidarisches Handeln auslösen wird.

Die Tatsache, daß bei den Arbeitsämtern im März und April dieses Jahres ein lebhafterer Stellenzugang als in den Vorjahresmonaten zu beobachten war, zeigt deutlich, daß die vielfältigen Aktivitäten in allen Bereichen Wirkungen zeigen.

Zu den ausbildungshemmenden Vorschriften: Es liegen keine genauen Rechnungen vor, aber es kann überhaupt kein Zweifel darüber bestehen, daß z. B. im Handwerk, z. B. im Hotel- und Gaststättengewerbe Zehntausende von Ausbildungsplätzen nicht besetzt werden können, weil diese Vorschriften bestehen.

Es macht eben keinen Sinn, wenn der Bäckerlehrling erst kommt, nachdem die Brötchen bereits fertiggestellt sind.



## Walter Quartier (DAG-Vorstand)

Quartier sprach sich, ähnlich wie Frau Brusis, für eine gesetzliche Regelung der Ausbildungsfinanzierung aus und warnte vor dem Abbau ausbildungshemmender Vorschriften. Darüber hinaus sprach er sich dafür aus, daß allen Jugendlichen die Möglichkeit gegeben werden muß, eine qualifizierende Berufsausbildung zu absolvieren. Er vertrat die Meinung, daß alle Formen der Arbeitszeitverkürzung einen Beitrag zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit leisten können:

Die Deutsche Angestelltengewerkschaft spricht sich nach wie vor für eine gesetzliche Regelung der Ausbildungsfinanzierung aus, die auch solche Unternehmen und Körperschaften einbezieht, die sich an der dualen Berufsausbildung selbst nicht oder nur ungenügend beteiligen.

Jugendarbeitslosigkeit kann nach Auffassung der DAG nur dann abgebaut werden, wenn insgesamt in der Wirtschaft und vor allen Dingen auch im öffentlichen Dienst mehr Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden. Insofern sind auch alle Formen der Arbeitszeitverkürzung, etwa der Lebensarbeitszeit und der Wochenarbeitszeit, ein Beitrag, die Jugendarbeitslosigkeit zu vermindern, insbesondere für die Jugendlichen, die nach erfolgreichem Abschluß der Ausbildung keinen Arbeitsplatz erhalten.

## Josef Stingl (Präsident der Bundesanstalt für Arbeit)

Stingl gab einen Überblick über die aktuelle und internationale Entwicklung auf dem Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt. Dabei konstatierte er eine durchaus positive Entwicklung:

Das hat zur Folge, daß wir für die unter 20jährigen eine Arbeitslosenquote von 8,2% haben, während die allgemeine Arbeitslosenquote 9,2% beträgt. Dies ist eine erfreuliche Aussicht, wenn auch die Probleme dadurch natürlich nicht beseitigt sind. Der Trend zu einer Verschiebung zum Positiven hat sich also fortgesetzt.

Zum Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt, das in seiner jetzigen Form in der Diskussion teilweise umstritten war, erläuterte Stingl:

Das Monopol der Bundesanstalt für die Vermittlung und Berufsberatung ist nicht von ihr erfunden worden, sondern der Gesetzgeber hat dieses Monopol eingeführt, weil sich auf diesem Markt vorher sehr viele Hyänen getummelt



haben, teils mit Geld, teils mit Protektion. Das Bundesverfassungsgericht hat, nachdem es mehrfach dazu Stellung genommen hat, gesagt: Dieses Monopol der Bundesanstalt ist rechtens und mit dem Grundgesetz vereinbar. Man kann auf einem CDU-Parteitag schlechterdings nicht verstehen, daß ein Beamter aufgefodert wird, er solle die Gesetze nicht anwenden, also: er solle das Monopol aufgelockert ausüben; Gesetze müssen eingehalten werden. Allerdings kann man das so tun, wie ich es in der Presseerklärung gestern noch einmal auffrischend bemerkt habe. Ich habe gesagt: Nicht um die Verteidigung eines Monopols geht es uns, sondern um aktive Hilfe für Jugendliche.

### **Heinrich Weiss (Stellvertretender Vorsitzender des Wirtschaftsrates)**

Weiss betonte, daß sich Jugendarbeitslosigkeit und auch die allgemeine Arbeitslosigkeit nur bewältigen lasse, wenn eine konsequente Politik des Wirtschaftswachstums praktiziert werde. Als Voraussetzungen hierfür nannte er die Sanierung der Staatsfinanzen, die Überarbeitung des Systems der sozialen Sicherung und ein investitions- und leistungsfreundliches Steuersystem. Daneben nannte er zahlreiche flankierende Maßnahmen und private Initiativen:

Diese Vorschläge wirken natürlich, wenn Sie jeden einzelnen betrachten, nur wie ein Tropfen auf dem heißen Stein, so daß sie nur flankierend sein können, flankierend zu dem, was ich eingangs als die wichtigste Aufgabe bezeichnet habe: die Wiederbelebung der Wirtschaft, die im wesentlichen von einer Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft abhängig ist.

### **Bundesbildungsministerin Frau Dorothee Wilms**

**Frau Wilms betonte die Bedeutung von Bildung und Ausbildung, gerade auch für die Beschäftigung junger Menschen:**

Erlauben Sie mir auch noch einmal die Bemerkung, daß Bildung und Ausbildung für junge Menschen heute existentiell wichtig sind. Ohne eine entsprechende Bildung, Ausbildung und Qualifikation gibt es für einen jungen Menschen kaum mehr die Gelegenheit zur Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung in der Arbeit, durch die Arbeit, wie überhaupt in allen Lebensbereichen. Durch eine Ausbildung erhalten die jungen Leute heute überhaupt erst



die Voraussetzung, Beschäftigung, Lebenserfüllung, Bewährungschancen und Aufstiegsmöglichkeiten in der modernen Arbeitswelt zu finden.

Bildungspolitik und Bildungsmaßnahmen können immer nur die Voraussetzungen bieten, damit junge Menschen Beschäftigungschancen haben. Aber Bildung kann Beschäftigung nie ersetzen. Bildungsprozesse können nie Arbeit ersetzen. Wir müssen jungen Menschen Arbeits- und Beschäftigungschancen bieten. Insoweit sind die Wirtschaftspolitik, die Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Schaffung neuer Arbeitsformen entscheidend auch für die Bildungspolitik.

## Fazit:

Die Diskussion auf dem Parteitagforum zur Jugendarbeitslosigkeit war sehr fruchtbar. Es wurden zahlreiche Maßnahmen genannt und Vorschläge gemacht. Die Notwendigkeit, etwas gegen die Arbeitslosigkeit junger Menschen zu tun, war zwischen Politikern, Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht umstritten. Natürlich gab es unterschiedliche Auffassungen über den richtigen Weg. Es ist aber auch klar geworden, daß die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit nur durch eine gemeinsame Anstrengung aller gelöst werden können, die in diesem Bereich Verantwortung tragen.